

**Beschlussempfehlung
des Auswärtigen Ausschusses**

**zu dem Antrag von Abgeordneten der Fraktionen von KVP und APD
- Drucksache JuP-06/2 -**

**Die Position Europas
durch einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat stärken**

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen, den Antrag – Drucksache JuP-06/2 – in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Berlin, den 16. Oktober 2006

Der Auswärtige Ausschuss

Prof. Dr. S. Mühlbach

Vorsitzender

Zusammenstellung

Antrag „Die Position Europas durch einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat stärken
– Drucksache JuP-06/2 –

mit den Beschlüssen des Auswärtigen Ausschusses

Entwurf

—

Antrag:

Die Position Europas durch einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat stärken

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. weiterhin auf eine dringend notwendige Reform der Vereinten Nationen hinzuarbeiten und international die Möglichkeiten, hierfür Mehrheiten zu gewinnen, auszuloten.
2. die Forderung nach einem ständigen Sitz Deutschlands im Weltsicherheitsrat aufrechtzuerhalten.
3. gegenüber den europäischen Partnern klarzustellen, dass hiermit keine Abkehr vom Bestreben der Bundesrepublik Deutschland zum Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union verbunden ist.
4. der Bedeutung Deutschlands entsprechend alles für einen weiteren Ausbau von Bonn als Standort von UN-Institutionen und –Unterorganisationen zu tun.

Beschlüsse des Auswärtigen Ausschusses

—

Antrag:

Die Position Europas durch einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat stärken

Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

wird wie folgt geändert:

weiterhin auf eine dringend notwendige Reform der Vereinten Nationen hinzuarbeiten und international die Möglichkeiten, hierfür Mehrheiten zu gewinnen, auszuloten; sowie sich verstärkt für Menschenrechte und humanitäre Hilfe einzusetzen.

wird wie folgt geändert:

die Forderung nach einem ständigen Sitz Deutschlands ohne Vetorecht im Weltsicherheitsrat aufrechtzuerhalten.

unverändert

neu eingefügt:

die Voraussetzungen für eine effektive Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu schaffen und so auf Dauer eine gemeinsame ständige Vertretung der EU im Weltsicherheitsrat anzustreben.

neu eingefügt:

der Bedeutung Deutschlands entsprechend alles für einen weiteren Ausbau von Bonn als Standort von UN-Institutionen und –Unterorganisationen – insbesondere in Bezug auf Menschenrechte – zu tun.

Bericht des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union an den Auswärtigen Ausschuss

Der Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union hat den in Drucksache JuP-06/2 vorliegenden Antrag „Die Position Europas durch einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat stärken“ diskutiert und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

1. Punkt 1 bleibt im Ursprungstext unverändert.
2. Punkt 2 und 3 sollen im Ursprungstext gestrichen und durch folgenden Wortlaut als Punkt 2 ersetzt werden: die Ratifizierung der EU-Verfassung voranzutreiben – besonders während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft – um eine gemeinsame ASP zu realisieren.
3. Punkt 3 soll folgenden Wortlaut enthalten: einen gemeinsamen Sitz in der EU im Weltsicherheitsrat anzustreben. Als vorübergehende Maßnahme wird die Forderung nach einem ständigen Sitz Deutschlands im Weltsicherheitsrat aufrechterhalten, um gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien den EU-Sitz vorzubereiten.
4. Punkt 4 bleibt im Ursprungstext unverändert.

Berlin, den 16. Oktober 2006

Der Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

Justus Ljungberg

Vorsitzender

Bericht des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe an den Auswärtigen Ausschuss

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat den in Drucksache JuP-06/2 vorliegenden Antrag „Die Position Europas durch einen deutschen Sitz im Weltsicherheitsrat stärken“ diskutiert und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

1. Wir bitten um die Umformulierung des Punktes 1 in folgender Form: „weiterhin auf eine dringend notwendige Reform der Vereinten Nationen hinzuarbeiten und international die Möglichkeit, hierfür Mehrheiten zu gewinnen, auszuloten, sowie sich verstärkt für Menschenrechtsprobleme und humanitäre Hilfe einzusetzen.“ Außerdem bitten wir zu beachten, dass es zu einer gleichmäßigen Vertretung der Regionen der Welt im UN – Sicherheitsrat kommen muss, um auch hier Menschenrechte verstärkt zu sichern.
2. Wir fordern die Bundesregierung auf, innerhalb der Vereinten Nationen für die Einrichtung von Außenstellen der UN – Institutionen für die Gewährleistung und Sicherung von Grund- und Menschenrechten und mit Kompetenzen betreffs der humanitären Hilfe in allen Mitgliedsstaaten und darüber hinaus in allen Staaten einzurichten. Diese sollen weiterhin zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen dienen. Die Zentrale dieser Außenstellen soll sich in Bonn befinden.

Berlin, den 16. Oktober 2006

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Paul Hupfer

Vorsitzender